[redacted]

Bundesministerium der Finanzen
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

Berlin, 16.12.2025

ETS2 stabilisieren und sozial begleiten: Schrittweise steigender nationaler Mindestpreis und ausgewogener Instrumentenmix nötig

Sehr geehrter Herr Bundesminister Klingbeil,

die Verschiebung des Europäischen Emissionshandels für Gebäude und Verkehr (ETS2) sowie die von der EU-Kommission am 27. November 2025 vorgeschlagenen Reformen der Marktstabilitätsreserve (MSR) gefährden eine verlässliche Finanzierung für Klimaschutz und sozialen Ausgleich. Um diesem Risiko vorzubeugen, ist es aus unserer Sicht entscheidend, dass Sie die Einführung eines schrittweise steigenden nationalen Mindestpreises im ETS2 aktiv vorantreiben und die Instrumente Bepreisung, Ordnungsrecht und Anreize neu justieren.

Wir teilen die Sorge vieler Mitgliedstaaten um die sozialen Auswirkungen und die Akzeptanz des Emissionshandels. Einfach den ETS2 auf 2028 zu verschieben, würde soziale Fragen jedoch nicht lösen, sondern nur vertagen und zu höheren Belastungen in späteren Jahren führen.

Aus den aktuellen Vorschlägen der EU-Kommission zur Änderung der Marktstabilitätsreserve ergäben sich für den Bundeshaushalt hohe finanzielle Belastungen. Zum einen reduzieren sich voraussichtlich die schon einkalkulierten Einnahmen aus dem ETS2. Zum anderen führen die Mehremissionen durch eine größere Anzahl von Zertifikaten zu einer deutlicheren Verfehlung in der europäischen Lastenteilung (effort sharing) und somit zu höheren Ausgleichszahlungen für Deutschland. Auch entstehen Kosten für den Staatshaushalt, wenn infolge eines schwächeren ETS2 staatliche Förderungen zum Erreichen der Klimaziele erhöht werden müssen.

Um diesen Risiken entgegenzuwirken, empfehlen wir die Einführung eines schrittweise steigenden nationalen CO_2-Mindestpreises in Deutschland ab Start des ETS2, beispielsweise umsetzbar über eine Anpassung der Energiesteuer. Dieser sollte sich an der aktuellen stufenweisen Steigerung des nationalen

CO_2-Preises im Rahmen des BEHG und den für Deutschland festgelegten Zielen in der europäischen Lastenteilung orientieren. Ein schrittweise steigender nationaler Mindestpreis stabilisiert die öffentlichen Einnahmen zur Finanzierung der Transformation in den ETS2-Sektoren und sozialer Ausgleichsmaßnahmen. Zudem schafft er Investitionssicherheit, macht Deutschland resilienter gegenüber politischen Unsicherheiten auf EU-Ebene und sichert die Klimawirkung des Emissionshandels als zentrales Instrument im Gebäude- und Verkehrssektor ab.

Wirksame Minderungsmaßnahmen im Gebäude- und Verkehrssektor sind der zentrale Faktor für nur moderat steigende CO2-Preise. Das Klimaschutzprogramm bietet die Chance, in diesen Bereichen die richtigen Weichen zu stellen. Auch die Vorschläge der EU-Kommission zum Frontloading von ETS2-Einnahmen und zu einem früheren Auktionsstart unterstützen frühzeitige Investitionen in Dekarbonisierung und soziale Abfederung.

Wir bitten Sie, die Auswirkungen der vorgeschlagenen Verschiebung des ETS2 und der Anpassung der Marktstabilitätsreserve kritisch zu prüfen. Für einen vertieften Austausch zu den oben genannten Herausforderungen stehen wir gerne mit konkreten Handlungsempfehlungen zur Verfügung und würden uns dafür über die Gelegenheit zu einem Gespräch mit Ihnen freuen.

Mit freundlichen Grüßen

[redacted]

Prof. Dr. Kai Niebert
Präsident
Deutscher Naturschutzring e.V.

Dr. Christiane Averbeck
Geschäftsführende Vorständin
Klima-Allianz Deutschland e.V.

Patrizia Heidegger
Vize-Generalsekretärin
European Environmental Bureau